

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 25

DIENSTAG, DEN 28. MÄRZ

2017

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung zur Durchführung des Fluglärmschutzbeauftragengesetzes	513	Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Egilskamp –	514
Erstattung der Fahrgeldausfälle nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	513	Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Günselstieg –	514
Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	513	Widmung von Wegeflächen – Seebargredder –	514
Aufhebung der tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung über die Einrichtung eines Sperrbezirks und eines Beobachtungsgebietes zum Schutz gegen die Geflügelpest vom 23. Februar 2017 (Amtl. Anz. Nr. 17 vom 28. Februar 2017 S. 359) gemäß § 49 Absatz 1 HmbVwVfG	514	Einberufung der ordentlichen Kammerversammlung 2017 der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer	514
		Gebührensatzung für Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der Hochschule für bildende Künste Hamburg (HFBK)	515

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Durchführung des Fluglärmschutzbeauftragengesetzes

Vom 21. März 2017

I

Zuständig für die Durchführung des Fluglärmschutzbeauftragengesetzes vom 6. Juli 2016 (HmbGVBl. S. 290) in der jeweils geltenden Fassung ist

die Behörde für Umwelt und Energie.

II

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 2016 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 21. März 2017.

Amtl. Anz. S. 513

Erstattung der Fahrgeldausfälle nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)

Nach § 148 Absatz 4 SGB IX Teil 2 wird in Verbindung mit der Anordnung des Senats zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes vom 14. Juli 1987 bekannt gemacht:

Für die Erstattung der Fahrgeldausfälle, die durch die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg entstehen, wird für das Kalenderjahr 2016 der **Vomhundertsatz auf 3,41** der in diesem Zeitraum

nachgewiesenen Einnahmen der erstattungsberechtigten Unternehmen festgesetzt.

Hamburg, den 21. März 2017

**Die Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration**

Amtl. Anz. S. 513

Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

Gemäß § 69 Absatz 1 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202) in der jeweils geltenden Fassung werden folgende zusätzlichen Markttage und Verkaufszeiten auf dem Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen für das Jahr 2017 festgesetzt:

Ergänzung der Festsetzung

Für den Bereich Obst- und Gemüsegroßmarkt werden folgende zusätzlichen Markttage und Verkaufszeiten festgesetzt:

14. April 2017 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Karfreitag),

1. Mai 2017 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (1. Mai Feiertag),

25. Mai 2017 von 2.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Christi Himmelfahrt).

Für den Bereich Blumengroßmarkt werden folgende zusätzlichen Markttage und Verkaufszeiten festgesetzt:

25. März 2017 von 15.30 Uhr bis 19.30 Uhr,

26. März 2017 von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr,

14. April 2017 von 3.00 Uhr bis 9.00 Uhr (Karfreitag),

13. Mai 2017 von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr.

Hamburg, den 23. März 2017

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 513

**Aufhebung der tierseuchenbehördlichen
Allgemeinverfügung über die Einrichtung
eines Sperrbezirks und eines Beobachtungs-
gebietes zum Schutz gegen die Geflügelpest
vom 23. Februar 2017 (Amtl. Anz. Nr. 17
vom 28. Februar 2017 S. 359)
gemäß § 49 Absatz 1 HmbVwVfG**

Die auf Grund der §§ 6, 24, 26, 37 und 38 des Gesetzes zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz – TierGesG) vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) und der §§ 21, 27, 55 und 56 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (GeflPestSchV) vom 8. Mai 2013 (BGBl. I S. 1212) in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung mit § 1 Absatz 1 des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz (AG TierGesG) vom 15. Dezember 2015 (HmbGVBl. Nr. 52) erlassene tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung über die Einrichtung eines Sperrbezirks und eines Beobachtungsgebietes zum Schutz gegen die Geflügelpest vom 23. Februar 2017 (Fundort Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Steinwerder) wird hiermit gemäß § 49 Absatz 1 HmbVwVfG mit Ablauf des 25. März 2017 aufgehoben.

Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügungen neueren Datums über die Einrichtung eines Sperrbezirks und eines Beobachtungsgebietes zum Schutz gegen die Geflügelpest und die rechtlich vorgeschriebene bestehende Aufstallungspflicht für Geflügel bleiben von dieser Aufhebung unberührt.

Hamburg, den 23. März 2017

Die Bezirksämter Amtl. Anz. S. 514

**Beabsichtigung einer
Widmung von Wegeflächen
– Egilskamp –**

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Meindorf, Ortsteil 526, belegene Wegefläche Egilskamp (Flurstück 468 teilweise), von Meyerbeerstraße bis Lehárstraße verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 15. März 2017

Das Bezirksamt Wandsbek
Amtl. Anz. S. 514

**Beabsichtigung einer
Widmung von Wegeflächen
– Günselstieg –**

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegene Wegefläche Günselstieg (Flurstück 10223 [113 m²]), vor Haus Nummer 5 verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr und dem Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis zu 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 15. März 2017

Das Bezirksamt Wandsbek
Amtl. Anz. S. 514

**Widmung von Wegeflächen
– Seebargredder –**

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Lemsaahl-Mellingstedt, Ortsteil 521, belegene Wegefläche Seebargredder (Flurstück 1511 teilweise), vom Seebarg etwa 70 m südlich verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgängerverkehr und dem Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis 2,8 t zulässigen Gesamtgewichts gewidmet.

Hamburg, den 15. März 2017

Das Bezirksamt Wandsbek
Amtl. Anz. S. 514

**Einberufung der
ordentlichen Kammerversammlung 2017
der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer**

Hiermit berufe ich gemäß § 1 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer in der Fassung vom 19. April 2016 i.V.m. §§ 86 Abs. 1, 87 Abs. 1 BRAO die ordentliche Kammerversammlung auf

**Dienstag, den 25. April 2017, 18.00 Uhr,
in der Handwerkskammer Hamburg,
Holstenwall 12, 20355 Hamburg, Saal 304,**
ein.

Der Kammervorstand hat beschlossen, als Gastredner für den öffentlichen Teil der diesjährigen Kammerversammlung

Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnould
einzuladen, der

**„Zur aktuellen Diskussion von Obergrenzen
für Asylsuchende, Flüchtlinge und Einwanderer
– was rechtlich geht und was nicht“**

sprechen wird. Herr Prof. Dr. Andreas von Arnould ist Professor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Völker- und Europarecht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Geschäftsführender Direktor des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht.

Nach Ende des Vortrages und einer kurzen Pause beginnt der nichtöffentliche Teil der Kammerversammlung.

Folgende Tagesordnung wird hiermit gemäß § 87 Abs. 1 BRAO angekündigt:

1. Jahresbericht des Vorstandes
2. Rechnungslegung des Vorstandes über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie über die Verwaltung des Vermögens im Jahr 2016 (§ 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO)
3. Bericht der Rechnungsprüfer
4. Prüfung der Abrechnung des Vorstandes über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie über die Verwaltung des Vermögens im Jahr 2016; Beschlussfassung über die Entlastung des Kammervorstandes (§ 89 Abs. 2 Nr. 6 BRAO)
5. Verabschiedung des aktualisierten Haushaltsplanes für das Jahr 2017 (§ 89 Abs. 2 Nr. 4 BRAO)
6. Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 und Beschlussfassung über den Kammerbeitrag für das Jahr 2018 (§ 89 Abs. 2 Nr. 2 und 4 BRAO)
7. Änderung der Gebührenordnung: Erhöhung der Gebühren für die Prüfung zur Erlangung der Qualifikation zur Geprüften Rechtsfachwirtin/zum Geprüften Rechtsfachwirt; Übertragung der Befugnis zum Gebührenerlass auf den Schatzmeister
8. Neuwahl eines Rechnungsprüfers
9. Verschiedenes

Weitere Gegenstände und Anträge zur Tagesordnung sind innerhalb der Antragsfrist bis zum 24. Februar 2017 nicht eingegangen.

Vor Beginn der Versammlung und während der Pause stehen Getränke und ein Imbiss bereit.

Hamburg, den 10. März 2017

Hanseatische Rechtsanwaltskammer

Otmar Kury

– Präsident –

Amtl. Anz. S. 514

Gebührensatzung für Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der Hochschule für bildende Künste Hamburg (HFBK)

Auf Grund von § 6 b Absatz 2 und § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert am 19. Juni 2015 (HmbGVBl. S. 121), hat das Präsidium am 9. Februar 2017 nach Stellungnahme des Hochschulsenats gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 13 HmbHG vom 9. Februar 2017 die folgende Gebührensatzung für Verwaltungs- und Benutzungsgebühren an der HFBK beschlossen.

§ 1

Geltungsbereich

Die Satzung regelt die Erhebung und die Höhe (siehe Anlage) von Gebühren bzw. Benutzungsgebühren für Leis-

tungen der HFBK sowie für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen als Gasthörer oder Gasthörer. Gebühren auf Grundlage anderer Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

§ 2

Besondere Auslagen

Zusätzlich zu den in § 5 Absatz 2 des Gebührengesetzes genannten besonderen Auslagen kann die HFBK sich folgende Kosten erstatten lassen:

1. für den Ersatz von beim Benutzer oder der Benutzerin abhanden gekommenem oder die Reparatur von schuldhaft beschädigtem Eigentum der Hochschule,
2. für studienbezogene Leistungen wie verbrauchtes Material, Exkursionen, Bewirtung und Unterbringung sowie andere Aufwendungen, die im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Prüfungen nach Nummern 6 und 7 der Anlage entstehen.

§ 3

Gebührenfreiheit

- I. Die Abnahme von Prüfungen an der HFBK ist mit Ausnahme der Nummer 6 der Anlage gebührenfrei.
- II. Entscheidungen über die Gewährung von Förderungsleistungen oder Ausbildungsbeihilfe auf Grundlage
 1. der Richtlinien für die Förderung ausländischer Studierender an den Hamburger Hochschulen vom 17. August 2011 sowie
 2. des Hamburgischen Gesetzes zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses vom 7. November 1984 (HmbGVBl. S. 225), zuletzt geändert am 28. Oktober 2014 (HmbGVBl. S. 462),
 in der jeweils geltenden Fassung sind gebührenfrei.

§ 4

Zahlungsverpflichtung

- I. Die Pflicht zur Zahlung von Gebühren/Benutzungsgebühren nach Nummern 6 und 7 der Anlage entsteht mit der Anmeldung.
- II. Wird die Zulassung zu einer der in der Anlage aufgeführten Prüfungen nicht erteilt, so entfällt die Gebühr.
- III. Bei einem Rücktritt von der Prüfung vor deren Beginn ermäßigt sich die Gebühr um die Hälfte. Bei einem Rücktritt auf Grund von Krankheit oder anderer außergewöhnlicher Umstände ermäßigt sich die Gebühr auf ein Viertel. In diesen Fällen wird bei einer erneuten Anmeldung zur Prüfung die entrichtete Gebühr angerechnet.

§ 5

Bibliotheksgebühren

Für die Benutzung und Inanspruchnahme der Bibliotheken der Hochschulen gilt die Gebührenordnung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky vom 5. März 1986 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 7. März 2017.

§ 6

Schlussvorschriften

Die Gebührensatzung tritt nach ihrer Bekanntgabe im Amtlichen Anzeiger zum 1. April 2017 in Kraft.

Hamburg, den 9. März 2017

Hochschule für bildende Künste Hamburg

Amtl. Anz. S. 515

Anlage

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz in Euro
	Verwaltungsgebühren	
1.	Anfertigung und Beglaubigung einer Zweitschrift oder Ersatzurkunde: Gasthörerschein, Doktorbrief, Diplom, Masterurkunde, Bachelorurkunde, Diploma Supplement, Transcript of Records, Magisterurkunde, Prüfungszeugnis, Prüfungsbescheinigung, Studienbuch, Zwischenzeugnis, nicht in Verbindung mit einem Zeugnis ausgegebene Gesamtnotenbescheinigung	5,50
2.	Ausstellen von Ausweisen und Bescheinigungen	
2.1	Studentenausweis, Leseausweise, bis zu vier Immatrikulationsbescheinigungen für das laufende Semester oder den laufenden Lehrgang im Zusammenhang mit den Belegen, bis zu zwei Bescheinigungen zur Vorlage bei der Deutschen Bahn AG, die einmalige Ausstellung des Semestertickets und bei Dienststellen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	gebührenfrei
2.2	jede weitere Ausfertigung der unter Nummer 2.1 aufgeführten Ausweise und Bescheinigungen je	6,00
3.	Verspätet beantragte Einschreibung, Exmatrikulation, Beurlaubung oder Umschreibung, verspätete Rückmeldung oder verspätetes Belegen von Vorlesungen, verspätet gestellte Teilzeitanträge, Rücktritt vom Studienplatz nach Einschreibung je	60,00
4.	Bearbeitung fehlerhafter oder unvollständiger Rückmeldungen und Einschreibungen, sofern die festgestellten Mängel bis zum Ablauf der jeweiligen Frist behoben werden je (in anderen Fällen wird eine Gebühr nach Nummer 3 erhoben)	31,00
5.	Erfolgslose Widerspruchsverfahren einschließlich Widerspruchsverfahren in Zulassungs- und Prüfungsangelegenheiten je	100,00
6.	Abnahme von Prüfungen Abnahme von Teil-/Prüfungen von Exmatrikulierten je	600,00
7.	Benutzungsgebühren	
7.1	Teilnahme an Lehrveranstaltungen als Gasthörerin oder Gasthörer, je Semester	124,00
7.2	Teilnahme an Veranstaltungen als Gasthörerin oder Gasthörer, von Schülerinnen oder Schülern, Soldatinnen oder Soldaten ohne Gehalt, sofern die Teilnahme nicht vom Berufsförderungsdienst der Bundeswehr gefördert wird, Teilnehmerinnen oder Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst, Absolventinnen oder Absolventen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, Arbeitslosen und deren Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. Ehe- oder Lebenspartner ohne Einkommen, sofern die Teilnahme von Arbeitslosen nicht im Rahmen von Arbeitsförderungsmaßnahmen erfolgt, sowie Sozialhilfeempfängerinnen oder Sozialhilfeempfängern und (wirtschaftlich) Gleichgestellten, je Semester	die Hälfte der Gebühren nach Nummer 7.1

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 17 A 0045

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: 17 A 0045
Metallbauarbeiten
84135 B 2016
Erneuerung/Umbau Hallentore (Kfz-Halle)
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen

- e) Ort der Ausführung:
Marinestützpunkt, Reiherdamm 10, 22457 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
1 Stck. Lieferung und Montage Sektionaltor
4,50 x 2,25 m mit Schlupf Tür
1 Stck. Demontage, Transport und
Wiedermontage Stahl-Falttor 6,00 x 4,00
- g) Nein
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 8. Mai 2017
Fertigstellung: 2. Juni 2017
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D428173644>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.

- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
5. April 2017, 10.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. Mai 2017
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 20. März 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

235

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 16 A 0450**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 1200
E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **16 A 0450**
Errichtung Evakuierungsaufzug Haus 18
4121 K 0925
Optimierung des Brandschutzes im Gebäude 18
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Zur Sicherstellung der erforderlichen hohen Anforderung des Krankenhausbetriebes wird eine neue Bettenaufzugsanlage, als erforderlicher Evakuierungsaufzug, gemäß der zum Zeitpunkt der Erstellung geltenden Richtlinien, Vorschriften und Normen, einschließlich der Forderungen der AMEV, neu errichtet.
Die neue Aufzugsanlage dient der Rettung und Evakuierung liegend-kranker Patienten, sowie auch als vertikaler Rettungsweg aus dem OP-Bereich frisch operierter Patienten, im Zuge des neuen Rettungskonzeptes und der Anforderungen der Optimierung des Brandschutzes.
Technische Daten (s. auch LV): Art: Treibscheibe/Seil; Triebwerksraum: ohne; Typ: Tiefkorb; Tragkraft: 1750 kg; Geschwindigkeit: 1.00 m/s; Aufhängung: 2 : 1; Haltestelle: 3; Zugänge: 3; Förderhöhe: ca. 7,825 m; Kabinenbreite: 1400 mm; Kabinentiefe: 2600 mm; Kabinenhöhe: 2300 mm; Schachtkopf: 4250 mm; Schachtgrube: 1500 mm; Schachtbreite: 2250 mm; Schachttiefe: 3100 mm; Türen, Abmessung: TB 1200 mm x TH 2200 mm; Türen, Ausführung: 4-teilig, zentral-teleskop.
Neben der Leistung zur Errichtung des neuen Evakuierungsaufzuges wird ein Wartungsvertrag für die Instandhaltung der Anlage ausgeschrieben, welcher separat nach Fertigstellung der Anlage zwischen Betreiber und Auftragnehmer abgeschlossen wird.
- g) Nein
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 24. April 2017
Fertigstellung: 39. Kalenderwoche 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D428133574>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen

oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.

- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
11. April 2017, 10.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 11. Mai 2017
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 21. März 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

236

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 17 A 0077

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 1200
E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: 17 A 0077
Korrosionsschutzarbeiten
63341 B 2014 TM 00011,
Thünen-Institut, Gewächshaus
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Thünen-Institut, Leuschnerstraße 91, 21031 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Erneuerung der Korrosionsschutzbeschichtung auf der außen liegenden Stahl-Tragkonstruktion des Gewächshauses. Die Konstruktion besteht aus Hohlkästen 500 x 200 mm aus verschweißten Stahlblechen. Die Ausführung soll im Anseilschutz erfolgen. Die zu beschichtende Fläche beträgt ca. 410 m²
- g) Nein
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 22. Mai 2017
Fertigstellung: 16. Juni 2017
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D428173643>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
6. April 2017, 10.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. Mai 2017

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

- x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 21. März 2017

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

237

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 17 A 0096

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

- b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: **17 A 0096**

Druckrohrleitungen außerhalb von Gebäuden

4135 G 1201 Neubau Unterkunftsgebäude 78,5 WE

- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Es werden elektronische Angebote akzeptiert.

- d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

- e) Ort der Ausführung:

MAR, Reiherdamm 10, 20457 Hamburg

- f) Art und Umfang der Leistung:

Verlegung Medienanbindung Trinkwasserleitung (einschließlich Anschluss Bauwasser und Sanitärcontainer) und Wärmeversorgungsleitung auf nicht öffentlichem Gelände innerhalb der Liegenschaft.

Trinkwasserleitung- (frosthfrei 1,5 m Überdeckung):

– ca. 40 m Druckrohr Trinkwasserleitung 75x6,9 mm

– ca. 30 m Druckrohr Trinkwasserleitung 25x2,3 mm

Wärmeversorgungsleitung:

– ca. 140 m Verbundmantelrohr Außendurchmesser 76,1 mm/160 mm

- g) Nein

- h) Nein

- i) Beginn der Ausführung: 24. April 2017
(1. BA bis 31. Mai 2017; 2. BA III. Quartal 2017)

Fertigstellung: IV. Quartal 2018 (3. BA)

- j) Nebenangebote sind zugelassen.

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:

[https://service.bi-online.de/
tenderdocuments/D428203660](https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D428203660)

bereit.

Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.

- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.

- m) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

- n) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

Deutsch

- o) Angebotseröffnung:

6. April 2017, 11.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.

- s) Entfällt

- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 5. Mai 2017

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

- x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 22. März 2017

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

238

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

- I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

- I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

SBH VOB OV 021-17 IE – Um- und Zubau für die Fusion der Berufsschulen G2 und G17 am Standort Dratelnstraße 24, Hamburg, hier: Estrich, Innen- und Außentüren, Dämmarbeiten, Gebäudeautomation.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VOB OV 021-17 IE

- II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220

- II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag

- II.1.4) Kurze Beschreibung:

Der neue Standort der Gewerbeschulen G2 und G17 befindet sich im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Die gesamte Baumaßnahme umfasst einen Neubau auf dem Campus sowie den Umbau des bestehenden Gebäudes der Gewerbeschule G17. Die Teil-Baumaßnahme „Umbau“ umfasst ca. 10.000 m² BGF. Die Teil-Baumaßnahme „Zubau“ umfasst einen viergeschossigen Neubau mit insgesamt 10 Klassen- und Fachklassenräumen mitsamt Mensa zzgl. Nebenräumen. Die BGF des Neubaus inkl. angrenzenden Ölpavillon beträgt ca. 3300 m². Die Baustelle ist über die Dratelnstraße unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar.

- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 460.000,- Euro

- II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose

- II.2) **Beschreibung**

- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags

Estricharbeiten
Los-Nr.: 1

- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45262320

- II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE60

	Hauptort der Ausführung: Dratelnstraße 24, 21109 Hamburg.	II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen
II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: Trittschalldämmung ca. 2850 m ² , Zementestrich ca. 2500 m ² , Heizestrich ca. 350 m ² .	II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis	II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2017 bis März 2018.
II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 116.000,- Euro	II.2)	Beschreibung
II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 1 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein	II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Dämmarbeiten Los-Nr.: 3
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein	II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 45320000
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein	II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Dratelnstraße 24, 21109 Hamburg.
II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen	II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: Sanitärdämmung: ca. 450 m Schwitzwasserisolierung an TW bis DN 65 mit Blechmantel; ca. 975 Stück Formteile an TW bis DN 65 mit Blechmantel; ca. 1350 m Schwitzwasserisolierung an TW bis DN 50 ohne Blechmantel; ca. 1750 Stück Formteile an TW bis DN 50 ohne Blechmantel; ca. 5600 m Wärmedämmung an TW bis DN 25; ca. 400 Stück Formteile an TW bis DN 25; ca. 480 m Schwitzwasserisolierung an RW DN 50 – DN 125 mit Blechmantel; ca. 170 Stück Schwitzwasserisolierung an RW Formstücke DN 50 – DN 125 mit Blechmantel.
II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein		Heizungsdämmung: ca. 40 m Wärmedämmung für Rohr bis DN 65 Isolierstärke bis 70 mm, mit Blechmantel ca. 90 Stück bis DN 50, Isolierstärke bis 60 mm, mit Blechmantel ca. 350 m Wärmedämmung für Rohr bis DN 65 Isolierstärke bis 70 mm, ohne Blechmantel ca. 70 Stück bis DN 50, Isolierstärke bis 60 mm, ohne Blechmantel ca. 620 m Schlauchdämmung für Rohr 28 x 1 mm ca. 320 m Schlauchdämmung für Rohr 15 x 1 mm ca. 50 Stück Brandschutz-Rohrabschottung in F90 Wänden bis DN 50 Dämmung für lufttechnische Anlagen: ca. 100 m Wärmedämmung Alu-kaschiert, 100 mm.
II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Anfang Oktober 2017 bis Ende Oktober 2017.		
II.2)	Beschreibung		
II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Innen- und Außentüren Los-Nr.: 2		
II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 45421100, 45421130		
II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Dratelnstraße 24, 21109 Hamburg.		
II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: Innentüren aus Holz mit unterschiedlichen Anforderungen, 49 Stück; Außentüren aus Stahl, 6 Stück, Außentüren aus Aluminium, 6 Stück.		
II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis		
II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 133.000,- Euro		
II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 9 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein	II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein	II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 112.000,- Euro
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein	II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 15

	Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein		Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein		Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein		ODER:
II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen		Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein		
II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juni 2017 bis August 2018.	III.1.2)	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: – Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer ODER: – Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate). – Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate) – Umsätze aus den letzten drei Jahren 2013, 2014 und 2015 gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A UND: – gültige Freistellungsbescheinigung
II.2)	Beschreibung		
II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Gebäudeautomation Los-Nr.: 4		III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: – Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer ODER: – mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.
II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 45311000, 45315000		
II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Dratelnstraße 24, 21109 Hamburg.		
II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: 2x ISP mit ca. 200 Hardware DP's; ca. 25 virtuelle DP's.		
II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis		
II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 99.000,- Euro		
II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 9 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein		
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein		
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein	III.1.5)	Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen
II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen	III.2)	Bedingungen für den Auftrag
II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein	III.2.2)	Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:
II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juni 2017 bis Februar 2018.	III.2.3)	Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal
ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN		ABSCHNITT IV: VERFAHREN	
III.1)	Teilnahmebedingungen	IV.1)	Beschreibung
III.1.1)	Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister	IV.1.1)	Verfahrensart Offenes Verfahren
		IV.1.3)	Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung. Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
11. April 2017, 10.00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis:
12. Juni 2017
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
11. April 2017, 10.00 Uhr
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort jeweils pro Los die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamt-

schuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/427 31 - 0499
- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren
- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/427 31 - 0143
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
3. März 2017

Hamburg, den 14. März 2017

Die Finanzbehörde

239

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Finanzbehörde Hamburg
2017000002

	Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland Telefon: +49/40/4 28 23-16 55 Telefax: +49/40/4 27 31-06 86 E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de NUTS-Code: DE600 Internet-Adresse(n): Hauptadresse: http://www.ausschreibungen.hamburg.de	II.2) Beschreibung II.2.1) Bezeichnung des Auftrags II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE600 Hauptort der Ausführung: RISE-Fördergebiet Dulsberg
I.2)	Gemeinsame Beschaffung	
I.3)	Kommunikation Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.hamburg.de/ausschreibungen Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen	II.2.4) Beschreibung der Beschaffung Das Bezirksamt Hamburg-Nord beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Durchführung der Gebietsentwicklung im RISE-Fördergebiet Dulsberg. Das förmliche Ausschreibungsverfahren wird durch die Finanzbehörde durchgeführt. Im Jahr 2009 wurde der überwiegende Teil Dulsbergs als Fördergebiet unter dem Dach von RISE in das Bund-Länderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz aufgenommen. Handlungsschwerpunkte dieser Förderung sind die denkmalgerechte energetische Sanierung von Wohngebäuden, die Verbesserung ihrer energetischen Bilanz unter Bewahrung der kulturellen und baukünstlerischen Identität der Gebäude und des Stadtteils in seiner Gesamtheit. Dies schließt die öffentlichen und privaten Freiflächen ein, die Teil der städtebaulichen Gesamtanlage sind. Bei der Umsetzung der Ziele hat sich gezeigt, dass zur Erreichung der gewünschten Ergebnisse eine längere Förderlaufzeit zu Grunde gelegt werden muss. Zudem soll die künftige RISE-Förderung berücksichtigen, dass es in Dulsberg ausgeprägte soziale Problemlagen gibt, die sich in statistisch signifikanten Abweichungen vom Hamburger Durchschnitt zeigen. Deshalb ist vorgesehen, die Laufzeit der RISE-Förderung in Dulsberg über 2017 hinaus um eine weitere Förderperiode von sieben Jahren zu verlängern. Im Verlängerungszeitraum sollen über den Denkmalschutz und die energetische Ertüchtigung hinaus zusätzliche Themen und Handlungsfelder aufgegriffen und die Beteiligung der Bevölkerung und der Schlüsselakteure am Entwicklungsprozess intensiviert werden (Leitbild „Lebendiges Denkmal Dulsberg“). Die Aktivierung und Einbeziehung der Bevölkerung und der lokalen Netzwerke im Stadtteil soll in enger Abstimmung mit dem vorhandenen Stadtrat Dulsberg und dem Stadtteilbüro Dulsberg geschehen. Das Stadtteilbüro wird aus Mitteln des Bezirksamts gefördert; es ist vor Ort bestens vernetzt und unterstützt den Stadtrat bei der Formulierung örtlicher Belange im Verhältnis zur Verwaltung und zur Kommunalpolitik. Das Stadtteilbüro Dulsberg soll deshalb auch im RISE-Kontext die Beteiligungsaufgaben und die Betreuung des Stadtrates übernehmen. Diese Aufgabenteilung ist bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen.
I.4)	Art des öffentlichen Auftraggebers	
	Regional- oder Kommunalbehörde	
I.5)	Haupttätigkeit(en)	
	Allgemeine öffentliche Verwaltung	
ABSCHNITT II: GEGENSTAND		
II.1)	Umfang der Beschaffung	
II.1.1)	Bezeichnung des Auftrags Durchführung des Gebietsmanagements im RISE-Fördergebiet Dulsberg	
II.1.2)	CPV-Code Hauptteil 71410000	
II.1.3)	Art des Auftrags Dienstleistungen	
II.1.4)	Kurze Beschreibung Im RISE-Fördergebiet Dulsberg sollen neben dem Erhalt des baukulturellen Erbes unter Einbeziehung energetischer Gesichtspunkte weitere Handlungsfelder aufgegriffen und die Beteiligung der Bevölkerung und der Schlüsselakteure am Entwicklungsprozess intensiviert werden. Die Durchführung soll ein externer Gebietsentwickler übernehmen. Wesentliche Aufgaben des Gebietsentwicklers sind die Erstellung des integrierten Entwicklungskonzeptes, die Beratung von Bauherren zur denkmalgerechten Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen, die Information über Fördermöglichkeiten, die Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation/Controlling. Die Arbeitsfelder Beteiligung, Vernetzung, Betreuung des Stadtrates (einschließlich des Verfügungsfonds) werden in Absprache mit dem Auftragnehmer vor Ort vorhandenen Stadtteilbüro übernommen. Der gesuchte Arbeitsumfang des Gebietsentwicklers entspricht etwa einer Tätigkeit von 2-3 Tagen pro Woche.	Während der Vertragslaufzeit sind vom AN folgende Leistungen zu erbringen: Erweiterung des bestehenden Entwicklungskonzeptes Städtebaulicher Denkmalschutz Dulsberg zu einem integrierten Entwicklungskonzept nach RISE, Entwicklung von Umsetzungsstrategien zur Erreichung der Entwicklungsziele, Initiieren und Fördern von Einzelprojekten und Maßnahmen in Kooperation mit der Verwaltung
II.1.5)	Geschätzter Gesamtwert	
II.1.6)	Angaben zu den Losen Aufteilung des Auftrags in Lose: nein	

und der Hamburgischen Investitions- und Förderbank, Beteiligung und Aktivierung der Bevölkerung und sonstiger Akteure, Unterstützung der lokalen Einzelhandels- und Gewerbestrukturen, Durchführung anlassbezogener thematischer Workshops, Öffentlichkeitsarbeit, Pflege der vorhandenen Webseite, Imageentwicklung und Standortmarketing, Beratung von Bauherren im Hinblick auf denkmalpflegerische Anforderungen und im Hinblick auf Fördermöglichkeiten der energetischen Sanierung und der Wohnungsbauförderung, Beratung von Vermietern im Hinblick auf die nachhaltige Nutzung und Belegung von Gewerbestandorten, Stellungnahme zu Förder- und Genehmigungsanträgen, Dokumentation durchgeführter Maßnahmen als Best-Practice-Beispiele, Sicherung der Nachhaltigkeit der erreichten Fortschritte und Organisation eines geordneten Übergangs in die Phase nach Abschluss der Gebietsförderung, Qualitätssicherung und Evaluation während des gesamten Prozesses, Dokumentation der Ergebnisse in jährlichen Zwischenberichten und die Abschlussbilanzierung.

Informationen im Internet

- zum Stadtteil Dulsberg:
<http://www.dulsberg.de/>
- zum laufenden RISE-Förderprozess:
<http://dulsberg-denkmalschutz.de/>
- zu den Anforderungen an das Gebietsmanagement im Kontext inklusiver Beteiligung:
<http://www.hamburg.de/contentblob/4327560/data/leitfaden-rise-beteiligung-pdf-download.pdf>
- über das RISE-Programm:
<http://www.hamburg.de/ziele-und-grundlagen/>

- II.2.5) Zuschlagskriterien
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.
- II.2.6) Geschätzter Wert
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Beginn: 1. September 2017
Ende: 31. Dezember 2018
Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja
Beschreibung der Verlängerungen:
Die Beauftragung erfolgt schnellstmöglich – voraussichtlich ab dem 1. September 2017 – zunächst bis zum 31. Dezember 2018 mit der Option auf Verlängerung. Der Vertrag kann vor Ablauf auf der Grundlage einer Konkretisierung der im Folgejahr zu erfüllenden Leistungen jeweils um ein Jahr verlängert werden, längstens bis zum Ende der RISE- Gebietsförderung. Diese endet voraussichtlich am 31. Dezember 2024.
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Maßgebend für die Auswahl ist neben der Erfüllung aller formalen Anforderungen und Kriterien die erreichte Bewertung. Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden die drei bis fünf geeigneten Bewerber mit den höchsten Bewertungen (Leistungspunkten). Es sind maximal 25 Punkte zu erreichen.

Referenzen (insgesamt maximal 15 Punkte):

Die Bewertung der Referenzliste (maximal 3 Seiten, Bewertung: maximal 5 Punkte) sowie zusätzlich zweier detaillierter Referenzprojekte (je maximal 3 Seiten, Bewertung je Referenz: maximal 5 Punkte) erfolgt hinsichtlich der Qualität und Vergleichbarkeit der Aufgabenstellung des Auftrags. Dabei wird eine Referenz als umso vergleichbarer beurteilt, je stärker sich das Referenzprojekt und das vorliegende Projekt in Art und Umfang ähneln. Auch bei Bietergemeinschaften besteht die Begrenzung auf 2 detaillierte Referenzen insgesamt. Angaben, die über diese maximale Seitenzahl hinausgehen, werden nicht bei der Bewertung berücksichtigt.

Projektteam (maximal 3 Seiten, maximal 10 Punkte):

Bewertung der besonderen Qualifikation, Berufserfahrung und Fähigkeiten des im Falle der Auftragserteilung eingesetzten Projektteams in Hinblick auf die fachlichen Anforderungen des Auftrags.

Angaben, die über die maximale Seitenzahl von 3 hinausgehen, werden nicht bei der Bewertung berücksichtigt.

- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Das für die Auftragsausführung verantwortliche Personal muss mit regelmäßigen Arbeitszeiten und Sprechtagen im Stadtteil präsent sein (idealerweise in den Räumen des bestehenden Stadtteilbüros Dulsberg). Erfahrungen in der Durchführung von Beteiligungsverfahren werden vorausgesetzt, Erfahrungen in der Durchführung von Gebietsmanagements im Rahmen der Städtebauförderung unter dem Dach von RISE sind wünschenswert.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die nachfolgend geforderten Erklärungen und Nachweise sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (zum Beispiel durch Unteraufträge, Bietergemeinschaft), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Die Nachweise zu der technischen und beruflichen sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (siehe Ziffer III.1.2 und III.1.3) sind bei Bietergemeinschaften an das Konsortium in seiner Gesamtheit anzulegen. Das bedeutet, es ist grundsätzlich ausreichend, wenn ein oder mehrere Mitglieder die geforderten Nachweise beibringen und damit das gesamte Leistungsspektrum abdecken. Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

Einzureichende Unterlagen:

1. Ausgefülltes Teilnahmeformular mit Darstellung der Unternehmens- und Eigentümerstruktur (Mitarbeiterzahl, Organisation, Personalstruktur des Unternehmens und des Betriebsteils, der für die Erbringung der Leistung verantwortlich sein soll), der Arbeitsschwerpunkte sowie Ansprechpartner/in für den Auftrag samt Kontaktdaten (Tel./Faxnummer, E-Mail, Anschrift).
2. Unterschriebene Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert,
3. Unterschriebene Eigenerklärung zur Treue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.
4. Unterschriebene Erklärung zur Nichtanwendung der „Scientology“ Technologie von L. Ron Hubbard.
5. Falls zutreffend: Bei juristischen Personen und anderen im Handelsregister einzutragenden Rechtsformen ein aktueller Handelsregisterauszug beziehungsweise eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als drei Monate
6. Falls zutreffend: Unterschriebene Erklärung Bietergemeinschaft. Der bevollmächtigte Vertreter, der die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, ist zu benennen. Im Teilnahmeantrag ist in diesem Fall zudem darzustellen, welche Teilleistungen durch welche Unternehmen erbracht werden sollen und wie die Zusammenführung der Teilergebnisse erfolgen soll.

Wichtiger Hinweis: Das erforderliche Teilnahmeformular sowie die Vordrucke für Ziffer

1 bis 6 sind auf der folgenden Seite herunterzuladen:

<http://www.hamburg.de/ausschreibungen>

und mit dem Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

7. Angaben zum Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen in den Bereichen Städtebauförderung/ Sanierung/Stadtteilentwicklung/Milieu- oder Denkmalschutz (getrennt nach Jahren). Sofern keine Angaben zu allen Geschäftsjahren gemacht werden können, ist dies zu begründen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

8. Eine Liste (Referenzliste, max. 3 Seiten) der wesentlichen in den letzten fünf Jahren erbrachten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils der Auftragswert, die Laufzeit sowie der Auftraggeber (mit Ansprechpartner und Kontaktdaten) der erbrachten Dienstleistungen zu nennen. Diese Referenzbeispiele sind nach der Relevanz bzw. Vergleichbarkeit mit diesem Projekt in absteigender Reihenfolge zu sortieren. Zusätzlich zur Referenzliste sind die wichtigsten zwei Referenzbeispiele detailliert darzustellen. Sie müssen folgende Angaben enthalten: Kurzvorstellung je Referenzprojekt auf maximal 3 Seiten inkl.:
 - Vergleichbarkeit den Aufgabenstellung
 - Darstellung des Anteils des Bewerbers am Gesamtprojekt
 - Darstellung der Anteile der einzelnen Mitarbeiter im Projekt (jeweils konkrete Beschreibung der durch den Bieter bzw. die Mitarbeiter seines Projektteams erbrachten Leistungen und Ergebnisse)
 - Struktur und wesentliche Zielaussagen des Konzepts
 - Öffentlichkeitsarbeit/ eingesetzte Medien
9. Projektteam (maximal drei Seiten):

Benennung der im Falle der Zuschlagserteilung vorgesehenen, verantwortlichen Mitarbeiter (Namen, Stellvertretungsregelung, Aufgaben im Projektteam, Dauer der Berufstätigkeit und Unternehmenszugehörigkeit, berufliche Qualifikationen, Erfahrungen und fachliche Fähigkeiten, Mitwirkung an den Referenzprojekten).
10. Falls zutreffend: Angaben zum Einsatz von Unterauftragnehmern

Im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann der Bewerber die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel

tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Zudem ist anzugeben, welche Leistungen und welcher Umfang der Leistungen dem Unterauftragnehmer übertragen werden sollen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- a) Der künftige Auftragnehmer muss eine Berufs- /Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Versicherungssummen vorhalten oder im Falle der Zuschlagserteilung abschließen. Haftungssummen: für Personenschäden 1.500.000,- Euro, für sonstige Schäden 500.000,- Euro.
- b) Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so wird eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt. Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote.

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 18. April 2017

Ortszeit: 12.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

- Es handelt sich vorliegend zunächst um einen Teilnahmewettbewerb, so dass noch kein Angebot einzureichen ist, sondern nur ein Teilnahmeantrag mit den unter Ziffer III.1) genannten Unterlagen.

In einem ersten Verfahrensschritt wird anhand des Teilnahmeantrags die Eignung der Bewerber geprüft. Die daraufhin ausgewählten Bewerber werden anschließend in einem zweiten Verfahrensschritt zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und damit am Verhandlungsverfahren beteiligt.

- Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform mit der ergänzenden Angabe „Teilnahmeantrag 2017000002“ bei oben angegebene Kontaktstelle (Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg) unterschrieben einzureichen und müssen zwingend eine elektronische Zustelladresse (E-Mail- Adresse) enthalten.
- Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich auf dem Post- beziehungsweise Botenwege einzureichen. Teilnahmeanträge, die per Fax oder E-Mail eingehen, müssen ausgeschlossen werden.
- Die unter III.1) einzureichenden Vordrucke/ Eigenerklärungen sind über den folgenden Link: [http:// www.hamburg.de/ausschreibungen](http://www.hamburg.de/ausschreibungen) herunterzuladen und mit dem Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.
- Die Finanzbehörde behält sich vor, von den Bewerbern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigungen (steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an öffentlichen Aufträgen beziehungsweise Bescheinigungen in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, Bestätigung des Versicherers usw.) in aktueller Fassung abzufordern.
- Fragen sind per E-Mail oder Fax an die in Ziffer I.1) ersichtliche Kontaktstelle bis zu 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Danach eingehende Fragen werden ggf. nicht mehr berücksichtigt. Die Vergabestelle behält sich vor, auch Fragen zu beantworten, die nach Ablauf der Bieterfristenfrist eingehen.
- Zusätzliche Auskünfte zu dieser Ausschreibung (Bsp. Beantwortung von Bieterfragen) werden während des Teilnahmewettbewerbs auf der Veröffentlichungsplattform unter folgendem Link: <http://www.hamburg.de/> ausschreibungen veröffentlicht.

- Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragnehmer.
- Dieser Vertrag unterliegt dem Geltungsbe-
reich des Hamburgischen Transparenzgeset-
zes (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen
Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der
Vorschriften des HmbTG im Transparenzpor-
tal veröffentlicht. Unabhängig von einer mög-
lichen Veröffentlichung kann der Vertrag
Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem
HmbTG sein. Siehe dazu das den Vergabeun-
terlagen beigefügte Formular „Veröffentli-
chung von Verträgen, Vereinbarungen eines
Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Be-
triebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem
Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG)
bei Vergabeverfahren nach VOL, VOF und
nach der Beschaffungsordnung (BO).

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland

Internet-Adresse:
<https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11354549/>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland

Internet-Adresse:
<https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11354549/>

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einle-
gung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die
Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/
Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß
§ 160 Abs. 3 S.1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich
der Behauptung von Verstößen gegen die Bestim-
mungen über das Vergabeverfahren hin. § 160
Abs. 3 S. 1 GWB lautet:

Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig,
soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen
Vergabevorschriften im Vergabeverfahren er-
kannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht
unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die auf-
grund der Bekanntmachung benannten Fristen
zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung
gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst
in den Vergabeunterlagen erkennbar sind,
nicht spätestens bis zum Ablauf der in der
Bekanntmachung benannten Frist zur Ange-
botsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber
dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der
Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge
nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz

1 gilt nicht bei Antrag auf Feststellung der
Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1
Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 1 GWB bleibt
unberührt.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** 14. März 2017

Hamburg, den 16. März 2017

Die Finanzbehörde

240

Auftragsbekanntmachung

Bauauftrag

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen unein-
geschränkten und vollständigen direkten Zugang
gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben ge-
nannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzurei-
chen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

SBH VOB OV 024-17 AS – Meerweinstraße 26-28,
Abbruch/Rückbau von 2 Pavillons auf dem
Schulhof.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VOB OV 024-17 AS

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220

II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Stadtteilschule Winterhude befindet sich im
Hamburger Stadtteil Winterhude. Die Baumaß-

nahme umfasst einen dreigeschossigen Neubau für die Primar und die Oberstufe zzgl. Aufwärmküche inkl. Essenseinnahme und einer Aula sowie den Abbruch von zwei Pavillons. Die BGF des Neubaugebäudes beträgt ca. 3921 m². Der BRI des Abbruchs beträgt ca. 6360 m³. Die Baustelle ist über die Geißlerstraße unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar.

- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
Wert ohne MwSt.: 185.000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45111100
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung:
Meerweinstraße 26-28, 22303 Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
BE Baustelleneinrichtung BT 6 und 7
– BE Baustellenzufahrt, -einrichtungsfläche
– Baustellensicherung Bauzaun für Baumschutz
– BE Baustelleneinrichtung Staubreduzierung
Komplettückbau Gebäudeteil 6 und 7
– Gefahrstoff- und Schadstoffsanierung BT 6 und 7
– Entkernung und Entsorgung nicht gefährl. Baustoffe BT 6 und 7
– Oberirdischer Abbruch Gebäudesubstanz BT 6 und 7
– unterirdischer Abbruch Fundamente BT 6 und 7
– Teilabbruch Kabeltunnel BT 6 und 7
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 185.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 2
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juni bis Juli 2017.

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eigenungskriterien:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).

- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)

- Umsätze aus den letzten drei Jahren 2013, 2014 und 2015 gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A

UND:

- gültige Freistellungsbescheinigung

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eigenungskriterien:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.

- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Beschreibung****IV.1.1) Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion****IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja**IV.2) Verwaltungsangaben****IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren****IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

21. April 2017, 10.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:

19. Juni 2017

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

21. April 2017, 10.00 Uhr

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499**VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren****VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteiltFB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
DeutschlandE-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14. März 2017

Hamburg, den 22. März 2017

Die Finanzbehörde

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei – schreibt für den Landesbetrieb Verkehr (LBV) folgende Lieferungen/Leistung gem. VOL/A öffentlich aus:

Auftragsgegenstand: Winterdienst auf dem Gelände Langenhorner Chaussee 491 und Ausschläger Weg 100/Süderstraße 142 für die Jahre 2017 bis 2021

Ausschreibungsnummer: **ÖA 100151562/17**

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Vergabe nach Losen und Anzahl der Lose: 2

Ansprechpartner zum Ausschreibungsverfahren:
Kirsten Techel

Ende der Angebotsfrist: 13. April 2017

Ende der Bindefrist: 13. Juli 2017

Ausführungsort: Hamburg

Ausführungsfrist: 2017 bis 2021

Nebenangebote: nicht zugelassen

Geforderte Sicherheitsleistungen: keine

Kurzbeschreibung: Winterdienst für den LBV auf dem Gelände Langenhorner Chaussee 491 und Ausschläger Weg 100/Süderstraße 142 für die Jahre 2017 bis 2021.

Für die Beurteilung der Eignung sind von allen Bietern mit dem Angebot folgende Erklärungen/Nachweise/Unterlagen einzureichen:

- Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.
- Eintrag in das /Gewerbe-/Handelsregister
- Erklärung zur Verwendung von umweltfreundlichem Streugut
- Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz
- Erklärung zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit
- Referenzen aus den letzten drei Jahren

Die kompletten Vergabeunterlagen können per E-Mail abgefordert werden: ausschreibungen@polizei.hamburg.de,
Betreff: ÖA 100151562/17 Winterdienst

Name und Anschrift des Auftraggebers (hier können die Vergabeunterlagen auch eingesehen werden):

Behörde für Inneres und Sport Polizei
Verwaltung und Technik
VT 21/Zentrale Vergabestelle BIS
Carl-Cohn-Straße 39, 22297 Hamburg

Adresse für die Angebotsabgabe:

Behörde für Inneres und Sport Polizei
Verwaltung und Technik VT 112/Submissionsstelle
Postfach 60 02 80, 22202 Hamburg bzw.
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg

Es ist nicht möglich Angebote elektronisch abzugeben.

Hamburg, den 20. März 2017

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

242

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Empfangs- und Führungsdienste im Hamburger Rathaus** unter der Projektnummer **2017000039** öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Ende der Angebotsfrist: 13. April 2017, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Juli 2017

Ausführungsfrist: 1. August 2017 bis 31. Juli 2019

Über das www.bieterportal.hamburg.de können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2017000039 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden. Diese Möglichkeit besteht nicht bei Ausschreibungen für Glas- und Gebäudereinigungsleistungen.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gem. § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 15. März 2017

Die Finanzbehörde

243

Sonstige Mitteilungen

Ausschreibung gemäß § 12 Nr. 1 VOL/A

f&w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/40/42835-3680
Telefax: +49/40/42835-3511

Ausschreibung Nr.: **ÖA 137-2017**

Die Lieferung von Fruchtsaft-, Konzentrate, und -nektaren soll vergeben werden.

Die Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet ab dem 17. März 2017 unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.foerdernundwohnen.de

→ Unternehmen

→ Ausschreibungen

→ Leistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB)

→ ÖA 137-2017

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte der genannten Homepage. Für den Auftrag kommen nur Bieter in Betracht, die über die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zur Erfüllung des zu vergebenden Auftrages verfügen.

Einreichfrist: 18. April 2017 13.00 Uhr

Hamburg, den 16. März 2017

f & w fördern und wohnen AöR

244

Ausschreibung gemäß § 12 Nr. 1 VOL/A

f&w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/40/42835-3680
Telefax: +49/40/42835-3511

Ausschreibung Nr.: **ÖA 139-2017**

Kauf und Lieferung von Butter, Hühnereier und Hühnerprodukten soll vergeben werden.

Die Unterlagen können schriftlich bis zum 10. April 2017 gegen einen Verrechnungsscheck in Höhe von 10,- Euro unter dem Kennwort **ÖA 139-2017** abgefordert werden. Der Scheck muss dem Antrag beigelegt sein. Eine Rückerstattung ist ausgeschlossen.

Die Unterlagen können unter
f&w fördern und wohnen, AÖR
Poststelle EG, Submissionsstelle
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg

montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr abgefordert bzw. eingesehen werden.

Die Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet ab dem 22. März 2017 unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.foerdernundwohnen.de

—> Unternehmen
—> Ausschreibungen
—> Leistungen und Bauleistungen
—> ÖA 139-2017

Für den Auftrag kommen nur Bieter in Betracht, die mit einer Einreichung von Referenzen über die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zur Erfüllung des zu vergebenden Auftrages verfügen.

Einreichfrist: 11. April 2017, 13.00 Uhr

Hamburg, den 21. März 2017

f & w fördern und wohnen AöR 245

**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 10/17

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 2360 m Leitungen in den Schulstraße u. a. Straßen in Wentorf bei Hamburg

und zwar 380 m DN 50 PE
1205 m DN 80 GGG Zm PE
440 m DN 100 GGG Zm PE
sowie 192 m DN 25-50 Cu bzw. PE
40 m DN 80 GGG Zm PE

Anschlussleitungen.

Geplanter Ausführungsbeginn: Juli 2017

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 27. März 2017 bis zum 13. April 2017, montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/7888-184994) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, IBAN: DE03 2105 0000 0100 9090 00, BIC: HSHNDEHHXX, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 20. April 2017 um 9.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.003, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 21. März 2017

Hamburger Wasserwerke GmbH

246

Gläubigeraufruf

Der Verein **Golfclub Hamburg Airport e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 15826) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Dieter Heins, Scheelring 5, 22457 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche beim Liquidator anzumelden.

Hamburg, den 7. März 2017

Der Liquidator

247

Gläubigeraufruf

Der Verein **Mecklenburger Schlittenhunde Sportclub MSSC e.V.** (Amtsgericht Güstrow, 5 VR 906), mit Sitz in Bröbberow, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 13. März 2017

Die Liquidatoren

248